Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 23 015
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Frank Scheermesser (AfD)

vom 11. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. März 2020)

zum Thema:
Verzögerung Planung des Multifunktionsbades Pankow

und **Antwort** vom 30. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. März 2020)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Frank Scheermesser (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23015
vom 11.03.2020
über Verzögerung Planung des Multifunktionsbades Pankow

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:
Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht allein aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er war gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und bat die Berliner Bäder-Betriebe (BBB) und das Bezirksamt Pankow um Stellungnahmen, die in die Beantwortung eingeflossen sind.

Laut Berliner Zeitung v. 06.02.2020 verzögert sich die Fertigstellung des Bebauungsplanverfahrens von 2020 auf 2021.

1. Was sind die Gründe der Verzögerung?

Zu 1.:
Laut Aussage des Bezirksamtes Pankow sind die Verzögerungen im Bebauungsplanverfahren 3-80 „Sommerbad Pankow“ der aufwendigen Untersuchung der Verkehrssituation vor Ort und den seit Juli 2018 geltenden Anforderungen des Berliner Mobilitätsgesetzes geschuldet. Die verkehrstechnische Betrachtung des umliegenden Straßennetzes stellt sich wesentlich komplexer dar als bisher anzunehmen war.

Im Rahmen der vertiefenden verkehrstechnischen Untersuchungen zum Bebauungsplanverfahren 3-80 wurde festgestellt, dass die Leistungsfähigkeit einzelner Straßenabschnitte bereits während der Öffnungszeiten des Sommerbades Pankow nicht gegeben ist. Es ist anzunehmen, dass das umliegende (Wohn-)Straßennetz im Planfall nicht im Stande ist, den zusätzlichen motorisierten Individualverkehr (MIV) aufzunehmen. Darüber hinaus besteht aufgrund des Berliner Mobilitätsgesetzes seit Juli 2018 die Notwendigkeit, in Planverfahren darauf hinzuwirken, dass die Verkehrsmittel des Umweltverbundes gestärkt und der MIV reduziert werden. Insbesondere die für das Multifunktionsbad geplante private Stellplatzanlage an der Wolfshagener Straße mit bisher 200 Pkw-Stellplätzen stellt sich vor diesem Hintergrund als problematisch dar.

Zudem ist die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes erforderlich, welches den Anforderungen des Mobilitätsgesetzes gerecht wird. Unter anderem muss mit den Fachbehörden eine verbindliche Einigung über das Mobilitätskonzept „Sommerbad Pankow“ bzw. die darin enthaltenen Maßnahmen zur Anpassung des umliegenden Verkehrsnetzes und zur Stärkung des Umweltverbundes erzielt werden. Dadurch ist ein erhöhter Abstimmungsaufwand mit Fachämtern/Fachverwaltungen, den BBB, den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), der Berliner Feuerwehr und den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR) entstanden. Zur Konkretisierung wird derzeit die Verkehrsaufkommensberechnung überarbeitet und die Stellplatzanzahl neu berechnet.

2. Wird sich hierdurch die geplante Fertigstellung 2025 verzögern?

Zu 2.:
Laut Aussage der BBB ist die Information des Bezirksamtes Pankow zur Fertigstellung des Bebauungsplanverfahrens im Jahr 2021 bereits in dem Terminplan vom März 2019 berücksichtigt. Die Eröffnung des Multifunktionsbades ist nach aktuellem Stand unverändert für Ende 2025 geplant.

3. Wie schätzt der Senat die Auswirkungen der Verzögerung auf die Kosten des Projekts ein?

Zu 3.:
Nach Einschätzung der BBB sind Kostensteigerungen gegebenenfalls durch weiterhin ansteigende Baupreise (Baupreisindex) möglich.

4. Wie hoch schätzt der Senat die Gesamtkosten des Projekts ein?

Zu 4.:
Die Gesamtkosten für das Projekt werden derzeit auf rund 42 Millionen Euro (netto) geschätzt.

Berlin, den 30. März 2020

In Vertretung

Aleksander Dzembritzki
Senatsverwaltung für Inneres und Sport